

Autochthone für Freiheit und Frieden

(Kurzbezeichnung = **Frieden**)

Grundsatzprogramm



Die Friedensglocke auf Helgoland.

Präambel

Im Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges, der vielen deutschen Familien großes Leid brachte, fand nach Kriegsende 1945 die Parole Anklang: „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen.“

Die politischen Kräfte in Deutschland verwarfen, spätestens mit Einführung der Bundeswehr in der Bundesrepublik Deutschland und der Nationalen Volksarmee in der Deutschen Demokratischen Republik ihre eigenen Parolen. Originalton Adenauer: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern“. Unter fadenscheinigen Begründungen wurden Deutsche zum Wehrdienst herangezogen. Die politische Klasse in der **BRD** wie in der **DDR** stellte **deutsche Menschen in Uniform den Siegermächten für deren Kampf um die Weltherrschaft bereit.**

Nach Beendigung des „Kalten Krieges“ zwischen den Deutschen in Ost und West wurde der Krieg vom deutschen Boden aus in andere Europäische Staaten bis hin auf andere Kontinente getragen. Unter dem **Etikett** „Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens“ **befahlen USA, EU und selbst die UNO-Kriegseinsätze**, die von allen deutschen Nachkriegs-Regierungen bereitwillig befolgt wurden. **Einzige Ausnahme** war die Weigerung **Bundeskanzler Schröders**, deutsche Soldaten in den Irak-Krieg zu schicken.

Um zu verschleiern, was Krieg ist, wurden im Laufe der Zeit die verschiedensten Verschleierungs-Begriffe in die Welt gesetzt. Zum Beispiel: [**Krieg** - Durchsetzung der Forderungen eines Staates (Volkes, Herrschers) gegen einen anderen mit Waffengewalt; über den Begriff Angriffskrieg, Verteidigungskrieg, Krieg aus vertraglicher Pflicht, verbotene, erlaubte und gebotene Kriege - bleibt festzuhalten:]

Krieg ist, wenn eine militärische Macht sich auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates befindet - unabhängig davon, ob Waffen eingesetzt werden oder nicht.

Wir Autochthone fordern eine neutrale Bundesrepublik Deutschland - nach dem Vorbild des neutralen Staates Schweiz.

Aufruf:

In unserer Hand liegen Freiheit und Frieden!

Von der Jugend bis zum Greis – nur wir selbst können es durchsetzen!

Die politische Klasse in Deutschland hat über ein halbes Jahrhundert dem Volk Friedenspolitik vorgegaukelt. In Wirklichkeit wurden Kriegsvorbereitungen unterstützt. **Es liegt an uns, Politik für Freiheit und Frieden zu gestalten!** Kämpfen wir um die Sitze in den Parlamenten, ob im Bund, in den Ländern oder Gemeinden.

Nur wer mitbestimmt – kann mitgestalten!

Dieser Aufruf richtet sich an erster Stelle an unsere jungen Autochthonen. Ihr habt das Leben noch vor Euch. Ihr könnt unbelastet von allem uns Deutschen Vorgeworfenem unser Land in Freiheit zu Frieden und Wohlstand führen.

Meldet Euch bitte unter: www.dieautochthonen.de oder www.aff2.de oder www.autochthone.org

Kernforderung

Deutsche Eliten aus Politik und Wirtschaft sind aufgefordert, jederzeit nach dem Leitgedanken **Dienen für das Gemeinwohl** zu handeln.

Zu einer Überlebensgrundlage Deutschlands tragen **seine geistigen Eliten** bei, indem sie in direkten und öffentlichen Diskussionen mit dem Volk, **frei von Einflußnahmen durch Politik und Wirtschaft**, einen Weg zum menschenwürdigen Miteinander erarbeiten.

Alle deutsche Menschen sind aufgefordert, die Bewahrung deutscher Tugenden zu leben.

Außenpolitik

Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus EU und Nato.

Die Bundesrepublik Deutschland muß ein neutraler Staat werden; eine voll bewaffnete Neutralität, wie die Schweiz!
Zurückführung aller Deutschen Truppen auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Kein ausländischer Staat darf auf dem Territorium der Bundesrepublik weiterhin militärische Streitkräfte oder Anlagen unterhalten.

Rückführung der Goldbestände auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Lagerung in den Arealen der Deutschen Bundesbank.

Wiedereinführung der DM als Zahlungsmittel.

Die Globalisierung als Lenkungsdoktrin über das staatliche Handeln der Bundesrepublik Deutschland wird beendet. Firmen in Deutschland führten seit eh und je erfolgreich weltweiten Handel ohne den „Globalisierungs-Wahn“.

Weltweiter Handel wird seit Menschengedenken zwischen Staaten und Völkern betrieben. Mit dem Etikett Globalisierung soll die Ausbeutung der Menschheit durch einige wenige „Weltenlenkungs-Nutzer“ kaschiert werden. In internationalen Gremien, gleich welcher Art und welchen Ranges, hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nur deutsche Interessen zu vertreten. Dies gilt ebenfalls für alle Minister und alle sonstigen offiziellen Vertreter.

Innenpolitik

Wahl der Bundespräsidenten auf 7 Jahre durch Volkswahl. Wahlberechtigt jede(r) Deutsche Autochthone. Wahlberechtigung ab 18 Jahre.

Der **Bundespräsident** ist oberster **Dienstherr des Gemeinschaftsdienstes** der Bundesrepublik Deutschland. Frauen und Männer sind gleichberechtigt in allen Belangen des Gemeinschaftsdienstes.

Der Gemeinschaftsdienst steht auch zur Betreuung und zum Schutz von Energiegewinnung (Wasserstoffgewinnung durch Solar auf See) am Äquatorgürtel zur Verfügung

Jede Deutsche-, jeder Deutsche Autochthon ist für ein Jahr zum Gemeinschaftsdienst verpflichtet. Der Gemeinschaftsdienst wird bei Erreichung des 18. Lebensjahres angetreten. Er kann wahlweise gleichrangig beim Zivildienst, Arbeitsdienst oder Wehrdienst abgeleistet werden und ist nicht ablösbar.

Bildungspolitik

Jede(r) Jugendliche, die/der die Schule verläßt, ist in ein Lehrverhältnis zu übernehmen. Sind in der Privatwirtschaft Lehrstellen nicht vorhanden, werden Lehrplätze für diese Jugendlichen unmittelbar nach Abgang von der Schule in vom Staat betriebenen Genossenschaften bereitgehalten. **Es besteht neben der Schulpflicht auch eine Lehrpflicht.** Für Studierende gilt die staatliche Fürsorge und Forderung im entsprechenden Rahmen ebenfalls. Der soziale Stand darf kein Hindernis sein für Bildung und Aufstieg. Schul-, Studium- und Lehrmittelfreiheit für alle Jugendlichen. In allen Lehranstalten wird eine nach den neuesten Erkenntnissen der Ernährungswissenschaft zubereitete Schulverpflegung **angeboten**. Die Erziehungsberechtigten **entscheiden frei** über die Teilnahme an der Schulverpflegung. Die Kostenbeteiligung richtet sich nach dem Einkommen der Erziehungsberechtigten.

Die Vielfalt der Lehranstalten soll erhalten bleiben. Es muß jedoch ein **Grundkonsens über die Vermittlung des geistigen Rüstzeugs zu selbständiger Erkenntnis bestehen!** Ein Schüler muß lernen können, wie man wirksam lernt. Ein jeder Mensch hat das Zeug zum Forscher und zum Philosophen (der eine mehr, der andere weniger).

Dieser Grundkonsens über die Vermittlung des geistigen Rüstzeugs muß übergreifend über alle Ländergrenzen innerhalb der BRD hinweg im gesamten Bundesgebiet **rechtsgültig sein**. Bei dem derzeitigen Rechtsstand benachteiligt ein beruflicher Wohnungswechsel Kinder und Eltern.

Das Wohl der Kinder hat im Schulwesen Vorrang vor der Länderhoheit!

Jugend braucht Aufgaben und Herausforderungen, damit sie nicht ihr wertvolles Leben in vermeintlichen Glücksgefühlen (unter Drogen, oder auf Straßen) lebt.

Es ist zu spät, Jugendliche in Anstalten und Gefängnissen an das Arbeits- und Gemeinschaftsleben heranzuführen, dies **muß mit aller Entschiedenheit vorher geschehen**.

Das Geld für Anstaltskleidung (Gefängnis usw.) mit allen Folgekosten ist besser angelegt bei vom Staat gestellter **„Berufskleidung für Schüler“**. Wenn alle Schüler gleiche Kleidung tragen, besteht kein Anreiz mehr, Kleidungsstücke den Mitschülern mit Gewalt abzunehmen. Einem ersten Schritt in die Kriminalität wird dadurch wirkungsvoll vorgebeugt.

Wenn sich diese **„Berufskleidung für Schüler“** von Schule zu Schule durch Farben oder andere Merkmale unterscheidet, wird das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Schule gefördert und in der Konkurrenz zu anderen Schulen wirkt sich dies leistungsfördernd aus.

In jeder Lehranstalt werden Wahlen zum Jugendparlament abgehalten. Der gewählte Vorsitzende des Jugendparlaments einer Lehranstalt (von den Grundschulen über die Gymnasien und Berufsschulen bis zu den Universitäten) **ist mit seiner Wahl gleichzeitig Delegierter** seiner Lehranstalt **bei der Wahl des jeweiligen Landesjugendparlamentes**. Im Landes-Jugendparlament hat jeder Delegierte eine Stimme. Die Delegierten wählen den Vorstand des Landes-Jugendparlamentes bestehend aus **drei gleichberechtigten Vorstandsvorsitzenden**. **Die Vorsitzenden des Landesjugendparlamentes erhalten mit Ihrer Wahl Sitz und Stimme im jeweiligen Landesparlament**. Jetzt können Jugendliche erstmalig das politische Leben nach ihren Vorstellungen mitgestalten.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland darf nicht länger fast ausschließlich von privaten Investoren abhängig sein. Der Staat hat eine Verantwortung für seine Staatsbürger. Diese Verantwortung darf sich nicht weiterhin auf den sozialen Sektor beschränken. Deutsche Staatsbürger haben ein Recht, ihren Lebensunterhalt und den ihrer Angehörigen aus eigenen Kräften zu verdienen.

Ein Weg führt über das bewährte und bereits im Reichsgesetzblatt S. 55 vom **1. Mai 1889** veröffentlichte **Genossenschaftswesen**. Alle Regelungen sind im Handelsgesetzbuch festgeschrieben. Der Unterschied zu den, besonders in den letzten Jahren im Fernsehen hochgelobten Aktiengesellschaften liegt in der Unabhängigkeit von Börsenkursen (Kurs-Gewinne und -Verluste). Durch Firmen auf Genossenschaftsbasis wird die Binnennachfrage gefördert.

Im Grunde genommen können alle auf Gewinn ausgerichteten Tätigkeiten in der Form einer Genossenschaft ausgeführt werden. Einen großen Vorteil besitzen die Genossenschaften gegenüber den Aktiengesellschaften dadurch, daß sie sich in Ruhe ihren Geschäften widmen, ohne dem täglichen Druck durch die Börsenkurse ausgesetzt zu sein. Des Weiteren wird es den so berüchtigten „Heuschrecken“ sehr schwer fallen, Genossenschaften zu übernehmen, auszubeuten, Mitarbeiter zu entlassen und sich mit Gewinn zu verabschieden, weil gemäß Gesetz - betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 RGBl. S. 55; § 15 [Beitrittserklärung] - jeder der dieser Genossenschaft beitrifft, ins Genossenschaftsregister eingetragen werden muß und die Beitrittserklärung in Urschrift beim Gericht aufbewahrt wird.

Auch der Staat Bundesrepublik Deutschland kann sich an Genossenschaften beteiligen. Denkbar ist, Geringqualifizierte erhalten in einer staatlichen Genossenschaft Arbeit. Die staatliche Genossenschaft erhält von der Bundesarbeitsagentur die Summen, die dem Arbeitslosen als Sozialbezüge zustehen und stellt diese Beträge als Anteile in die Genossenschaft ein. Die Differenz zwischen den staatlichen Ausgaben für diese Personengruppe und den vollen Lohn ist aus dem Ertrag der jeweiligen Genossenschaft zu erwirtschaften.

Diese staatlichen Genossenschaften können auf allen Ebenen gegründet werden - von den Gemeinden, über die Länder bis hin zum Bund.

Dabei bietet sich beim Bund im Rahmen zukunftsweisender Wirtschaftsfelder der Bau und Betrieb eines Magnetschwebbahnnetzes in der BRD über den bestehenden Trassen der Bundesbahn an.

Ebenfalls bietet sich an, die Erzeugung von Wasserstoff mittels Sonnenenergie auf den Weltmeeren in Höhe des Äquators. – Jedwede weitere zukunftsweisende Aufgabe muß geprüft und unbürokratisch umgesetzt werden!

Bei den Ländern, z.B. Nordrhein-Westfalen und dem Saarland bietet sich die Nutzung der **Erdkern-Wärme an**, insbesondere die Erzeugung elektrischer Energie in den stillgelegten Bergwerken an Rhein und Ruhr und im Saargebiet. Kraftwärmekoppelung erhöht den Nutzungsgrad dieser Energiegewinnung. **Diese Form der Energiegewinnung sichert die Grundlast in der BRD.** Ein Teil der Folge-Kosten des Bergbaues (Sanierung von Landschaft und Gebäuden) wird durch den Gewinn aus Nutzung der **Erdkern-Wärme** gedeckt. Steuerzahler werden dadurch entlastet.

Der z.Zt noch betriebene Kohleabbau darf den Verbau der Strecken nicht aus Kostengründen durchführen. – Sicherheit geht vor!

Der Bau von **neuen** Kohlekraft- oder Atomkraftwerken nach dem heutigen Stand der Technik ist Rückschritt und Verschleuderung von Volksvermögen.

Finanzpolitik

Steuererklärungen können nicht „auf einem Bierdeckel“ abgegeben werden, jedoch müssen die Formulare so gestaltet sein, daß diese von jedem Steuerzahler verstanden und ausgefüllt werden können, ohne daß dem Steuerzahler Nachteile entstehen. Die Praxis, viele und hohe Steuern abzuverlangen, um dann mit großem bürokratischen Aufwand Steuerrückzahlungen zu bewilligen ist Verschwendung von Volksvermögen mit der unterlegten Hoffnung des Staates, daß der einzelne Steuerzahler vielleicht diese Steuerrückzahlungen nicht einfordert. Steuerehrlichkeit vom Staatsbürger muß verlangt werden, jedoch gehört dazu unabdingbar auch die Steuerehrlichkeit des Staates.

Beschränkung auf Einkommensteuer und Umsatzsteuer. Indirekte Steuern, wie z.B. die Mehrwertsteuer muß in Schritten zurückgeführt werden. Weil gerade diese Steuer Menschen mit geringem Einkommen unverhältnismäßig hoch belastet. Steuern, die von Ländern und Gemeinden in eigener Verantwortung erhoben werden, müssen auf den Prüfstand, andere bestehende Steuern auf Bundesebene außer Kraft gesetzt werden. Steuerliche Ausnahmetatbestände von unabhängigen Instituten überprüfen lassen. Ergebnisse dieser Überprüfung sind dem Bundespräsidenten zur Empfehlung an das Parlament vorzulegen.

Beschlüsse vom Bundeskabinett und dem Parlament des Deutschen Bundestages die staatlichen Zuwendungen an andere Staaten beinhalten, müssen vor der Verabschiedung dem Bundespräsidenten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Der Bundeshaushalt ist ausgeglichen zu gestalten. Bei geplanter Überschuldung in der laufenden Legislaturperiode ist der Haushalt dem **Bundespräsidenten zur Genehmigung** vorzulegen, **bevor er ins Parlament** eingebracht werden kann.

Justiz

Einführung der absoluten **Gewaltentrennung** von Legislative, Exekutive und Judikative durch getrennte Volkslegitimation ihres Personalrats.

Legislative: Parlamentsangehörige dürfen **nur in einem Aufsichtsrat** oder gleichwertigen Gremium tätig sein.

Exekutive: Regierungsmitglieder dürfen in **keinen gesellschaftlichen Organisationen** Mitglied oder als Berater tätig sein

Judikative: **Richterwahl auf Zeit durch Volksabstimmung!** Richter bei Landes- und Bundesgerichten werden von der Bevölkerung im jeweiligen Zuständigkeitsbereich in einer Volksabstimmung von den betreffenden Staatsbürgern mit Wahlrecht gewählt. Sollten Richter nicht wieder gewählt werden, können sie Beamte im Verwaltungsdienst mit einer Gehaltstufe unter ihrer bisherigen Besoldung werden.

Richter dürfen keiner politischen Partei angehören.

Kostenfreiheit: Alle Justiz- und Verwaltungsdienste können von natürlichen Personen kostenfrei genutzt werden.

Einsichtsrecht: Jeder hat das Recht auf Einsicht in Justiz- und Verwaltungsakten.

Rechtsmittel: Gegen jedes Erst-Urteil sind höchstens zwei Rechtsmittel zulässig.
In Berufungsverfahren findet erneut eine Beweisaufnahme statt.

Selbstvertretungs-

Recht: Jeder hat das Recht, sich vor jedem Gericht selbst zu vertreten oder vertreten zu lassen.

Eigentumsrechte: Jeder deutsche Staatsangehörige hat das Recht, Grundvermögen zu erwerben.

Ausländische Organisationen oder Vereinigungen sowie andere Staaten können kein Grundvermögen in der Bundesrepublik Deutschland erwerben..

Ausnahme: Diplomatische Vertretungen in der Bundeshauptstadt können Grundvermögen in der Bundesrepublik Deutschland für die Errichtung oder Nutzung der im diplomatischen Verkehr erforderlichen Gebäude erwerben bzw. weiterhin nutzen.

Sozialwesen

Alters- und medizinische Versorgung durch Gemeinschaftsversicherung. Alle Einkommen werden ohne Ausnahme zur Abgabe in die Gemeinschaftsversicherung herangezogen (Schweizer Modell).

Bei Inanspruchnahme der Altersversorgung werden die Bezüge auf eine noch festzulegenden Auszahlungshöhe begrenzt.

Die Gemeinschaftsversicherung untersteht der Bundesbank.

Deutsche Staatsbürger (Autochthone) sind im Land geboren, ihren ersten Lebensabschnitt begleitet die Fürsorge der Familie und des Staates. Im weiteren Verlauf des Lebens gestaltet ein jeder in eigener Verantwortung seinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg.

Keiner kann für sich allein auf der Welt seinen Lebensstandard erreichen.

Nur in der Gemeinschaft, begleitet vom Glück oder Unglück, kann jeder sein Leben gestalten.

Besonders die deutschen Staatsbürger, die mit Fleiß und etwas Glück Kapitalreserven anlegen konnten, sind in der Verantwortung für ihren und ihrer Angehörigen Lebensstandard, ebenso für den Lebensstandard der anderen deutschen Staatsbürger (Autochthone). Beide Lebensstandards befinden sich in gegenseitiger Abhängigkeit.

Bemühungen der politischen Klasse in der Bundesrepublik Deutschland, diesen natürlichen Verbund (diese Gemeinschaft) zu zerstören, schaden dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit und zerstören unser aller Zukunft.